

„DIE INTERESSEN VON ARBEITENDEN MENSCHEN SIND UNS WICHTIG.“



NIELS ANNEN

WAHLKREIS EIMSBÜTTEL

» *„Wir wollen eine europäische Sozialunion, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen!“*



WAHLKREIS NORD

DOROTHEE MARTIN

» *„Für eine gute Rente wollen wir das Renteniveau stabil halten. Eine Solidarrente oberhalb der Grundsicherung brauchen wir ebenso wie eine bessere Erwerbsminderungsrente, die Einbeziehung von Selbstständigen und attraktivere Betriebsrenten. Wir fordern außerdem eine Beitragsgrenze von max. 22% und unterstützende Steuerfinanzierung. Das ist gerecht, weil eine gute Rente eben auch eine Frage der Anerkennung von Lebensleistung ist.“*



JOHANNES KAHR

WAHLKREIS MITTE

» *„Lange Zeit hatte der Bund bis an den Rand der Leistungsfähigkeit beim Personal gespart. Das Resultat waren Verzögerungen und unzählige Überstunden. Die SPD kämpft für einen starken Staat und hat diesen Trend deshalb umgekehrt. Wir haben wieder massiv neue Stellen geschaffen sowie Stellenhebungen und Entfristungen durchgesetzt.“*



WAHLKREIS ALTONA

DR. MATTHIAS BARTKE

» *„Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Sachgrundlose Befristungen wollen wir abschaffen und die gesetzlichen Befristungsgründe einschränken. Die Tarifbindung wollen wir durch leichtere Allgemeinverbindlichkeit ausweiten. Die Teilzeitfalle wollen wir beseitigen durch das Recht auf Rückkehr in Vollzeit.“*



WAHLKREIS BERGEDORF/HARBURG/WILHELMSBURG

METIN HAKVERDI

» *„Die Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung bringt für Beschäftigte Chancen und Risiken, die wir politisch gestalten wollen: Individuelle Ansprüche auf Weiterbildung, mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung zur Vereinbarung von Arbeit und Leben sowie ein Beschäftigtendatenschutzgesetz.“*

AYDAN ÖZOĞUZ

» *„Wir stehen für eine partnerschaftliche Vereinbarung von Beruf und Familie. Es geht uns um durchgängige Erwerbsbiografien, faire Aufstiegs- und Karrierechancen und eine bessere Alterssicherung für Frauen. Auch dafür fordern wir die Familienarbeitszeit.“*



WAHLKREIS WANDSBEK

GUTE ARBEIT IN HAMBURG UND DEUTSCHLAND BUNDESTAGSWAHL 2017



Zeit-für-mehr-Gerechtigkeit.de **SPD**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserem Land läuft vieles gut. Das verdanken wir den Menschen, die sich tagtäglich reinhängen und dafür sorgen, dass der Laden läuft. Egal ob sie auf unsere Kinder aufpassen, unsere Angehörigen pflegen, Busse fahren oder uns medizinisch versorgen: Dafür haben sie Respekt verdient. Und sie haben es verdient, dass wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Vor allem in der Arbeitswelt. Wir kämpfen dafür, dass unbefristete Arbeit - tariflich bezahlt und mit guten Arbeitsbedingungen - wieder der Normalfall wird! Wir brauchen starke Gewerkschaften, Betriebs-/Personalräte und Mitbestimmung auf Augenhöhe. Unsere Partei stellt die Menschen in den Mittelpunkt der Politik. Alle sollen die gleichen Chancen auf beste Bildung, gute Jobs und ein würdevolles Leben im Alter haben. Damit wir auch in Zukunft in einer lebenswerten Gesellschaft leben können, müssen wir investieren: in moderne Schulen, Aus- und Weiterbildung, Straßen, Forschung, schnelles Internet und den Wohnungsbau.

Die Digitalisierung bringt gerade auf dem Arbeitsmarkt viele Veränderungen mit sich. Sie bietet Chancen, aber auch Risiken. Die Digitalisierung kann zum Erfolg für unser Land werden – wenn wir sie gestalten. Das geht nicht mit durchwursteln und „weiter-so“, sondern nur mit neuem Mut. Wir sagen: Auf geht's! Es ist Zeit anzupacken, damit wir aus technologischem auch sozialen Fortschritt machen.

2017 ist das Jahr, in dem wir gemeinsam die Weichen für die Zukunft stellen wollen: Lasst uns unser Land gerechter machen, mutig in die Zukunft investieren und für ein starkes Europa kämpfen!

Euer
Martin Schulz



Bild: Susie Knoll



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist wirtschaftlich erfolgreich. Diesen Umstand verdanken wir den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jeden Tag mit großem Engagement bei der Sache sind und den Gewerkschaften, die für die Interessen der Arbeitnehmerschaft eintreten.

Wir erleben große Veränderungen in der Arbeitswelt. Technologische Innovationen und digitale Vernetzung bieten vielseitige Chancen, benötigen aber die richtigen Rahmenbedingungen, um den unterschiedlichen Lebensentwürfen und dem Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden.

Mit sicherer Arbeit und guten Löhnen wollen wir ein selbstbestimmtes Arbeitsleben ermöglichen und die Zuversicht und Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken. Wir wollen, dass unbefristete Arbeit, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt, der Normalfall ist. Und Frauen müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie Männer.

Die SPD hat klare Vorstellungen und einen konkreten Plan, wie die Zukunft der Arbeit in Deutschland besser gestaltet werden kann. Wir haben schon viel erreicht, können aber mehr erreichen. Das ist unser Ansporn.

Euer
Olaf Scholz



FRANK MAUR, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Hamburg:

„Mit der SPD ist für viele Menschen die soziale Gerechtigkeit zu einem greifbaren Vorhaben geworden. Und in der Verkehrspolitik ist die SPD die Partei, die beharrlich und vorbildlich auf die Verlagerung der Personen- und Güterverkehre auf die Schiene drängt. Davon zeugt einmal mehr das aktuelle Parteiprogramm mit vielen innovativen Ansätzen für Mobilität.“

VERENA BLIX, PR-Vorsitzende Behörde für Gesundheit & Verbraucherschutz:

„Die Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung müssen alleine von den Arbeitnehmer*innen getragen werden. Das ist nicht gerecht. Wir brauchen wieder die volle Parität. Und wir brauchen endlich eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen – auch ich als Beamtin – und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-Medizin und -Pfleger soll es nicht länger geben.“



THOMAS HAUL, Betriebsratsvorsitzender Asklepios Klinik Barmbek:

„Wir brauchen mehr Pflegekräfte für eine gute Versorgung in der Kranken- und Altenpflege. Deshalb müssen verbindliche Personalstandards umgesetzt werden. Um dies gerecht finanzieren zu können brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung. Zu wenig Lohn, zu wenig Personal – das ist nicht gerecht. Kolleginnen und Kollegen in der Pflege verdienen mehr Anerkennung.“

HORST HOPMANN, Geschäftsführer Arbeit und Leben:

„Die Jugend ist unsere gemeinsame Zukunft – auch in Europa. Die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen erheblich aufgestockt und in einem dauerhaften Jugendbeschäftigungsfonds gebündelt werden. Wir brauchen mehr Austauschprogramme der EU wie Erasmus+, kostenfreien Schüleraustausch und ein Europäisches Mobilitätsprogramm für Ausbildung in Mitgliedsstaaten.“



JAN MARCUS HINZ, Stv. GBR-Vorsitzender Airbus:

„Auch digitale Arbeit muss gute Arbeit sein. Der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff muss den Veränderungen durch die Digitalisierung angepasst werden, um die Schutzfunktion des Arbeitsrechts und damit der Beschäftigten zu erhalten. Arbeiten 4.0 muss heißen: Gesetze, Tarifverträge und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen für die Kolleg*innen zu nutzen. Die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen darf sich nicht ausschließlich an den Bedingungen des Marktes orientieren, denn der Markt kennt die Bedürfnisse der Menschen nicht.“

MARTIN HELLOWIG, GBR-Vorsitzender Flughafen Hamburg GmbH:

„Prekäre Arbeitsbedingungen sind nicht gerecht. Wir brauchen einen Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tarifbindung. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss weiter verbessert werden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum Einsatz kommen.“



MARINA JACHENHOLZ, BR-Vorsitzende Elbkinder:

„Sachgrundlose Befristungen sind nicht gerecht. Sie müssen abgeschafft und die gesetzlichen Gründe für Befristungen müssen eingeschränkt werden. Die Fachkräftelücke vor allem im Bildungs- und Sozialbereich muss durch verstärkte Ausbildungsanstrengungen geschlossen werden. Wir brauchen noch bessere Personalschlüssel für die pädagogische Qualität in den Kitas.“



JAN KOLTZE, Bezirksleiter der IG BCE:

„Eine gerechte Rente braucht zwei Haltelinien: bei der Rentenhöhe nach unten und bei den Beiträgen nach oben, damit alt und jung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Schulz/Nahles-Vorschlag kann den Sinkflug stoppen. Die zusätzlichen Mittel müssen steuerfinanziert werden. Die Erwerbsminderungsrente muss abschlagfrei sein und die Betriebsrente muss gestärkt werden.“

THIES HANSEN, GBR-Vorsitzender Hansewerk:

„Für die erfolgreiche Integration von jungen Flüchtlingen ist die Aufnahme einer Berufsausbildung ein entscheidender Schritt. Integrationskurse und Sprachförderung müssen mit Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung in Betrieben verzahnt werden. Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Für Menschen, die bei uns kein Asyl, sondern Arbeit suchen, brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.“



THOMAS MENDRZIK, BR-Vorsitzender HHLA Containerterminal Altenwerder:

„Wettbewerb darf in Europa und Deutschland kein Selbstzweck sein. Während Hafenarbeit in der neuen EU-Hafenverordnung von Deregulierung und Liberalisierung ausgenommen wurde, treibt die EU-Kommission den ruinösen Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten an den Flughäfen weiter. Wir brauchen in Deutschland und Europa eine arbeitnehmerfreundliche Politik.“

HERAUSGEBER:

Renate Kleinfeld,
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/
SPD-Landesorganisation Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

Redaktion:
Wolfgang Rose, Olaf Schwede, Fabio Cecere

Gestaltung:
Kreativspitze / Katrin Rötterink



WOLFGANG ROSE, Koordinator für Gewerkschaftskontakte der SPD Fraktion Hamburg

Gerechtigkeit - für alle?

„Schulz will mehr Gerechtigkeit – uns geht es doch so gut wie nie“, hören wir oft von Arbeitgebern, Kommentatoren und Konservativen. Ja, mir geht es gut. Aber das soll auch für alle anderen gelten. Darum mache ich Politik.

Befristete Jobs nehmen besonders jungen Leuten die Perspektive für ihre berufliche und private Zukunft. Das ist nicht gerecht. Ich will, daß sachgrundlose Befristung abgeschafft und die Befristungsgründe eingeschränkt werden.

Eltern – überwiegend Mütter – dürfen nicht in Vollzeit zurückkehren. Das ist nicht gerecht. Ich will, dass sie darauf einen Rechtsanspruch haben.

Ältere Arbeitslose finden oft über längere Zeit keinen Job mehr und rutschen in Hartz IV ab, weil ihre Qualifizierung veraltet ist. Das ist nicht gerecht. Ich will, dass sie mit dem „Arbeitslosengeld Q“ eine neue Chance auf Weiterbildung ohne Einbußen bekommen.

Drei Beispiele für mehr Gerechtigkeit.

Ich wähle sie.



RENATE KLEINFELD Afa - Vorsitzende, SPD Hamburg

Konkret nur mit der SPD

Mir ist wichtig, dass Politik die Situation der arbeitenden Menschen konkret verbessert. Deshalb engagiere ich mich als aktive Gewerkschafterin und Personalrätin in der SPD.

Ich will, dass auf dem Arbeitsmarkt endlich wieder Ordnung herrscht. Die fair entlohnte, unbefristete Ganztagsbeschäftigung muss wieder die Regel sein.

Wir müssen zurück zur paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme.

Genauso wie zu einer wirklich Lebensstandard sichernden Rente. Die Regelaltersgrenze darf nicht weiter angehoben werden.

Wohnraum muss bezahlbar bleiben – auch in Hamburg. Bund und Länder müssen hier an einem Strang ziehen.

Ohne betriebliche Mitbestimmungen lassen sich die Herausforderungen der Zukunft nicht im Sinne der Beschäftigten gestalten. Dafür muss die Mitbestimmung gestärkt und ausgebaut werden.

Für die Umsetzung dieser Anliegen gehe ich zur Wahl.